

Initiativantrag
der sozialdemokratischen Abgeordneten
betreffend
den Ausbau von Frauenhäusern in Oberösterreich

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, ein „Frauenhausprogramm“ zu erstellen mit dem die Umsetzung und Finanzierung des im Arbeitsprogramm „Frauen.Leben – Frauenstrategie für Oberösterreich 2030“ festgelegten Ausbaus an Frauenhäusern und Frauenübergangswohnungen sichergestellt wird und dieses Programm unverzüglich dem Oö. Landtag vorzulegen.

Begründung

Zwei von drei Übergriffen auf Frauen geschehen nicht im öffentlichen Raum, sondern im privaten Umfeld durch Ehepartner, Lebensgefährten, Väter oder Aufsichtspersonen. Gewalt gegen Frauen geht in den allermeisten Fällen also damit einher, dass das private Lebens- und Wohnumfeld nicht mehr sicher ist. Schutz finden Betroffene in Frauenhäusern oder Notwohnungen.

Im Arbeitsprogramm „Frauen.Leben – Frauenstrategie für Oberösterreich 2030“, das am 5. März 2018 einstimmig in der Oö. Landesregierung beschlossen wurde, einigte man sich auf den Ausbau dieser Angebote in Oberösterreich. Konkret sollen drei Frauenhaus-Neubauten die Abdeckung der Bedarfe in derzeit unterversorgten Regionen sicherstellen. Auf Basis eines Kostenvergleichs aus bereits realisierten Projekten ist bei einem Neubau von Investitionskosten in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro auszugehen. Die laufenden Ausgaben (Personalausgaben, Sachausgaben, etc.) sind mit rund 370.000 Euro pro Jahr zu kalkulieren.

Darüber hinaus soll es künftig in jedem Bezirk – und nicht wie derzeit an 5 Standorten - mindestens eine Frauenübergangswohnung geben, wobei für eine Übergangswohnung mit Platz für 2 Frauen und deren Kinder Kosten von rund 9.000 Euro pro Jahr veranschlagt werden können.

Betrachtet man die vorliegenden Zahlen des Gewaltschutzzentrums Oberösterreich, ist dieser Ausbau auch nötig. Innerhalb von nur fünf Jahren stiegen die ausgesprochenen Betretungsverbote um 49% auf 1.293 Fälle im Jahr 2016. Österreicherinnen konnten allein in den autonomen Frauenhäusern über 336 Frauen aufgrund von Platzmangel nicht aufgenommen werden. Auch in Deutschland ist das Angebot an Schutzeinrichtungen für Frauen wesentlich besser ausgebaut als in Oberösterreich.

Damit das einstimmige Bekenntnis zu einem Ausbau der Gewaltschutzeinrichtungen in Oberösterreich nicht bloß ein Bekenntnis bleibt, soll in einem „Frauenhausprogramm“ eine konkrete Umsetzungsstrategie inklusive Zeitplan festgelegt werden mit dem Ziel den ersten neuen Standort bis 2021 zu eröffnen. Die dazu notwendigen finanziellen Mittel sollen durch eine Sonderfinanzierung bereitgestellt werden.

Linz, am 09.April 2018

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Weichsler-Hauer, Müllner, Bauer, Rippl, Makor, Schaller, Punkenhofer, Peutlberger-Naderer, Promberger, Binder, Krenn